

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Betheiligten oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Danne, Ivaldendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Bark & Co. Hamburg Joh. Kothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinrich Eisler. Kopenhagen Ang. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 28. Mai. Das sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht einen geheimen Erlaß aus dem Kriegsministerium an sämtliche Generalcommandos vom 13. April 1894, der sich mit den sozialdemokratischen und anarchistischen Rekruten beschäftigt. Der Erlaß lautet: „Den künftigen Generalcommandos über- sendet das Kriegsministerium unter Bezugnahme auf die diesseitigen Schreiben vom 21. 4. 1890 Nr. 136/90 geb. A. 1 und 4. 12. 1890 Nr. 1562/90 geb. A. 1 befolgend ergeben in Absicht zwei je sechs des Herrn Ministers des Innern unter dem 24. 2. 1894 und 25. 3. 1894 an sämtliche Oberpräsidenten der Monarchie gerichtete Erlasse. Nach denselben werden künftig seitens der Oberpräsidenten der Oberbefehlshabern der Militär- und Zivilvorgesetzten nur noch die zielbewußten und führenden Elemente der Sozialdemokratie, dabei aber auch solche Persönlichkeiten bezeichnet werden, deren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nach ihrer Haltung als zweifellos erwiesen angenommen werden muß. Des weiteren werden künftig auch etwa zur Ausübung gelangende Anarchisten namhaft gemacht werden. Rekruten der letzteren Art sind ebenso, wie die in Zukunft noch bezeichneten Sozialdemokraten, von der Ueberweisung an die Garde grundsätzlich ausgeschlossen. Sofern für den Korpsbereich außerpreussische Bundesstaaten in Frage kommen, wollen die künftigen Generalcommandos Vereinbarungen im Sinne der Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 24. 2. und 25. 3. 94. gefälligst unmittelbar herbeiführen. Schließlich wird ergeben: ersucht, vorstehendes Schreiben, sowie die weiteren Maßnahmen durchaus geheim zu behandeln. gez. v. Schellendorf.“

Ueber die Schreiben, auf die der Kriegsminister hier Bezug nimmt, wird bemerkt: „Die Schreiben vom 21. April 1890 und 4. Dezember 1890 enthalten die Mitteilung, daß die Zivilvorgesetzten der Ober-Erlasskommissionen von den Oberpräsidenten auf Veranlassung des Ministers des Innern angewiesen worden sind, gelegentlich des Aushebungsgeschäfts und auch nachträglich den Militärvorgesetzten diejenigen ausgehobenen Militärpflichtigen namhaft zu machen, welche 1. bereits eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder wenigstens als zielbewußte Vertreter ihrer Vorgesetzten, und 2. ohne als zur Kategorie 1) gehörig gelten zu können, unter sozialdemokratischem Einfluß oder in gewisser Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei gestanden haben und nach ihrem eigenen Verhalten der Sozialdemokratie angehören.“ Das Schreiben vom 24. Februar 1894 enthält eine Mitteilung des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten, daß von militärischer Seite neuerdings die Unsicherheit und Unvollständigkeit der von den Zivilvorgesetzten gemachten Angaben hervorgerufen worden ist, welche ihren Grund wesentlich darin haben müßte, daß die Zivilbehörden wohl in der Lage sind, die zielbewußten und führenden Elemente (Kategorie 1) zu ermitteln, da diese meist eine leicht erkennbare Haltung zeigen, daß dies jedoch bei den passiven Angehörigen der Partei (Kategorie 2) nicht der Fall sein kann. In Anerkennung dieser Schwierigkeiten ordnet der Minister des Innern im Einverständnis mit dem Kriegsminister an, daß die Ermittlung und Mitteilung sich künftig auf die Militärpflichtigen der Kategorie 1 zu beschränken hat. Er setzt voraus, daß diese Angaben desto zuverlässiger und vollständiger gemacht werden. Außerdem erscheint es ihm von Verthe, daß künftighin auch die zur Aushebung kommenden Anarchisten, und zwar nicht allein die zielbewußten und führenden Elemente, sondern auch, was nicht schwer festzustellen sein wird, die passiven Anhänger der Partei den Militärvorgesetzten u. der Ober-Erlasskommissionen namhaft gemacht werden. Die Oberpräsidenten sollen den Zivilvorgesetzten der Ober-Erlasskommissionen die diesbezügliche Weisungen zugehen lassen. — Das Schreiben vom 25. März 1894 enthält die fernere Mitteilung des Ministers des Innern

an die Oberpräsidenten, wonach neben der Kategorie 1 auch diejenigen Rekruten den Militärvorgesetzten namhaft zu machen sind, deren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nach ihrer Haltung als zweifellos erwiesen angesehen werden muß.“

— In den König von Sachsen war, wie das amtliche „Dresd. Journal“ mittheilt, Anfang d. M. ein unterschätzter Brief gelangt worden, dessen Inhalt aus allerlei unflätigen Schimpereien und aus Verhörungen mit Hölle und Teufeln, Dynamit u. s. w. bestand. Die politische Polizei in Dresden hat als Briefschreiber einen Militär, aus Dresden gebürtigen Handarbeiter, ermittelt, der nunmehr seiner Bestrafung entgegensteht. Der Bestrafende hat nach dem genannten Blatt bisher einige sozialistische Schriften gelesen, Veranlassungen dieser Richtung besucht und mit sozialdemokratischen Reden gern am sich geübt.

— Nach dem im „Reichs-Anz.“ mitgetheilten Ausweis ist der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern im ersten Monat des neuen Rechnungsjahres betragsmäßig. Aber, so schreibt die „Nat.-Vib. Korr.“, zur Fraktionierung zu Ungunsten des Reiches einer Konfolidierung der Reichs- und Staatsfinanzen, wie sie in der Presse versucht wird, eignet er sich keineswegs. Ein großer Theil der Mehreinnahmen aus Zöllen, vermuthlich der weitaus größte, ist auf die Lage des Getreidemarktes zurückzuführen. Das Anziehen der Getreidepreise bildet einen Sporn zu der raschen Wiederanfüllung der getreideleeren Lager. Hier aber zieht der Bedarf eine Grenze, die sich im weiteren Verlauf des Etatsjahres verengen kann. — In dem schwankenden Zustand unseres Staats ändert das rechtliche Einnahmeverhältnis eines oder mehrerer Monate ebensoviele etwas, als im natürlichen Steigerung der Ausgaben gegenüber eine große Bedeutung zukommt.

— Zum Zwecke der Reorganisation des Handelsamtes hat der „Schles. Ztg.“ zufolge, der Minister für Handel und Gewerbe in einem Zirkular-Schreiben vom 19. d. M. die Handelskammern ersucht, ihnen binnen vier Wochen über die Fragen Auskunft zu geben: wieviel Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer im Jahre 1894 als Handelskammergebühren erhoben worden sind und wieviel im laufenden Jahre erhoben werden? wie hoch sie für das laufende Jahr veranschlagt sind und wie diese sich auf die einzelnen Gewerbesteuer, fiktive Gewerbesteuer und sonstige — näher ausgedehnte — Einnahmequellen erstrecken? Ob die Handelskammern zur Veranlassung ihrer Aufgaben Beamte (Sekretäre, Syndici u. a.) angestellt, hauptsächlich oder nebenamtlich, welches Gehalt diese erhalten und welche Vorbildung diese Beamten haben? Ob besondere Einrichtungen wie Borse, Schenkungen, Museen, Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise u. s. w. bestehen, die von der Handelskammer unterhalten oder unterstützt oder geleitet werden.

— Wenn in agrarischen Kreisen behauptet wird, die Regierung verzögere die Durchführung der zur Hebung der Landwirtschaft nötigen Maßnahmen, so bedarf es nur eines Vergleiches der beizuliegenden Voten des Reichstages mit dem, was seitdem von der Regierung im Reich, wie in Preußen gethan oder wenigstens eingeleitet ist, um die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen.

Unter Ablehnung des Antrages Rant hat der Reichstag, was zunächst die „großen“ Mittel anlangt, die Einleitung internationaler Verhandlungen zur Hebung des Silberpreises empfohlen. Wegen Einleitung solcher Verhandlungen ist die Regierung längt mit den Bundesregierungen ins Benehmen getreten.

Vom Staatsrathe ist ferner eine Revision des Branntwein- und Zuckersteuergesetzes in bestimmter Richtung befürwortet worden. Die Modelle zum Branntweinsteuergesetz, welche der Reichstag in letzter Stunde angenommen hat, entspricht durchaus den Vorschlägen des Staatsrates. Ein Zuckersteuergesetz ist vereinbart; die Verlegung einer der wichtigsten des Staatsrates entsprechenden Modelle zum Zuckersteuergesetz wird für die nächste Session vorbereitet.

Der Staatsrath hatte die Herabsetzung der

tarife für Produktionsmittel der Landwirtschaft befürwortet. Die wichtigsten Düngertarife sind auf den preussischen Staatsbahnen um 20 Prozent herabgesetzt.

Der Staatsrath hatte eine Verbesserung des ländlichen Realcredits empfohlen, daß insbesondere auch den Bauern die Umwandlung ihrer ländlichen, zum Theil hochverzinslichen Privathypotheken in unkündbare, billig verzinsliche Anwartschaften-Darlehen öffentlicher Kreditanstalten wesentlich erleichtert werde. Die Einleitungen zu einer entsprechenden Veränderung der Statuten der landwirtschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalten der öffentlichen Provinzen sind getroffen.

Der Staatsrath hatte die Errichtung einer staatlichen Zentralförderung, welche das Kreditbedürfnis der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften befriedigen könnte, in Anregung gebracht. Die Errichtung einer staatlichen Zentralförderung zur Förderung des Personalcredits des Mittelstandes in Stadt und Land ist beschloffen und wird bestimmt noch in der laufenden Session den Landtag beschließen.

Rechnet man zu diesen sämtlichen theils bereits durchgeführten, theils wenigstens in künftiger Vorbereitung begriffenen Maßnahmen noch die bekannten Pläne wegen staatlicher Förderung der Einrichtung von Kornbäusern, wegen Förderung der inneren Kolonisation, wegen Reform der Produktions-Börse, Ordnung des Verkehrs mit Margarine u. s. w. hinzu, so bekommt man ein Bild regster planmäßiger Thätigkeit zur Durchführung der vom Staatsrathe empfohlenen Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft auf der ganzen Linie.

Was immer von den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft sprichweise ist, gelangt auch ohne Bezug zur Ausführung, und der Vorwurf der Verzögerung gegen die Regierung ist sonenig berechtigt wie klug. Man mag sich sicherlich keiner Ueberschätzung schuldig machen, wenn man behauptet, daß niemals seitens einer Regierung bisher so umfassende Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft getroffen oder vorbereitet sind, wie dies jetzt geschieht ist.

Unter den Veränderungen, welche der im Januar d. J. veröffentlichte Entwurf zur Einföhrung des unantwärtigen Wettbewerbes erfahren hat, wird diejenige, welche die bürgerlichen Rechtsprivilegien, in denen durch Klage ein Anspruch auf Grund des Gesetzes geltend gemacht wird, in erster Instanz, soweit die Zuständigkeit der Landesgerichte begründet ist, vor die Kammer für Handelsachen verweist, allgemeine Vertheilung hervorgerufen. Sie war auch vielfach von den wirtschaftlichen Vereinigungen gewünscht. Wir erinnern nur daran, daß sich ein darauf bezüglicher Wunsch auch in den Beschlüssen der Delegiertenversammlung des Reichstages deutscher Industrieller vom Februar d. J. befand. Es ist die Veränderung mit uns größerer Vertheilung zu betrachten, als der Gesetzgeber zur Bekämpfung des unantwärtigen Wettbewerbes es mit Verhältnissen zu thun hat, für deren Beurteilung eine genaue Kenntnis der Gegebenheiten des geschäftlichen und gewerblichen Verkehrs von größter Wichtigkeit ist. Die nötige Einseitigkeit in der Rechtsprechung wird dadurch sichergestellt, daß die Entscheidung über das Rechtsmittel der Revision unter allen Umständen dem Reichsgericht vorbehalten bleibt.

Wenn der britische Schatzkanzler Sir William Harcourt am letzten Donnerstag in seiner bei dem Festmahl der Bankiers im Mansionhouse gehaltenen Rede über die Kreditverhältnisse und Geschäftslage Großbritanniens ohne Hinworfungen gesprochen hat, so können die Käufer im Streite gegen den deutschen Wettbewerb, die Howard Vincent und Genossen, nur einsprechen. Denn deren Agitation basiert bekanntlich auf der Behauptung, in welche die englische Geschäftswelt durch den unantwärtigen Sieg der deutschen Konfirrenz auf dem heimischen Markte gerathen sein soll, und auf dem zur Beschäftigung des eigenen handelspolitischen Gewissens erinnernden, nicht eben lauter zu nennenden Wandel, die angebliche deutsche Gefährdung der dem englischen Publikum

als den illoyalen Gegner zu denunzieren, dessen Bekämpfung sich mit der im übrigen unentwogen Hochhaltung des Freihandelsprinzips ganz wohl vertrage. Da nun, abgesehen von den recht ausgiebigen Eingangsrollen, die England unbeschadet des Freihandelsprinzips erbeut, gerade der deutsche Import durch allerhand verzeigerische Vorschriften nach Art des bekannten „made in Germany“ in den letzten Jahren sehr erheblich belastet worden ist, so sollte man nach der eingangs erwähnten Kundgebung Harcourt's meinen, daß den maßgebenden Kreisen mittlerweile die Erkenntnis von der Unvereinbarkeit des Treibens der Howard Vincent und Genossen mit den Grundsätzen handels- und wirtschaftspolitischen Liberalität gekommen sei. Wenn anderswo ein leitender Minister erklären würde, die Regierung habe an ihren Handels-, Finanz- und Währungsgrundsätzen fest und sei nicht geneigt, dabei oder im Auslande die Meinung zu ermuntern, daß sie unter irgend welchen Umständen davon abgehen wolle — nun, so wäre die Sache damit erledigt. Ob das auch für England gilt, läßt sich nach den eigenartigen Erfahrungen, welche der deutsche Export nach England bisher hat machen müssen, und angesichts der jetzigen Agitation gegen deutsche „prison-made goods“ keineswegs mit Bestimmtheit sagen. Man soll sich also bei uns durch die Erklärungen des britischen Schatzkanzlers nicht in eine vielleicht trügerische Sicherheit einwiegen lassen!

Zur Unterföhrung unermöglicher Schulverhältnisse bei Volksschulbauten standen dem Unterrichtsministerium in den beiden letzten Jahren außer dem unter Nr. 121 Titel 33 ausgeworfenen Betrage von 1 Mill. Mark aus dem Geset vom 14. Juli 1893 je 2 Millionen Mark zur Verfügung. Diese Summen sind, wie Kultusminister Dr. Boffe in einem kürzlich ergangenen Erlaß der Regierungen mittheilt, vollständig verbraucht, und ebenso ist über die eine Million im laufenden Etat nebst den vorhandenen Beständen und Ersparnissen bereits verfügt. Die Unterrichtsverwaltung hatte indeß darauf gerechnet, aus den Mitteln, die durch § 49 Absatz 2 des Ergänzungsgesetzes verfügbar werden sollten, 4 1/2 Mill. für diesen Zweck zu erhalten. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Nach den Ergebnissen der Veranlagung der Ergänzungsteuer läßt sich, wie der Minister mittheilt, gegenwärtig bereits übersehen, daß aus dieser Quelle irgend welche Mittel für Volksschulbauten nicht fließen werden, weil der Betrag der Zinsen des Steuerföhrs zur Deckung des Ausfalls der Ergänzungsteuer Verwendung findet. Der Minister eröffnet darum den Regierungen, daß damit sich alle diejenigen Fälle erledigen, in denen vom Ministerium mit Rücksicht auf die zu erwartenden Staatsmittel die Genehmigung ausgesprochen war, Beständen für Volksschulbauten im laufenden Etat zu bewilligen. Von der Einreichung weiterer Anträge haben die Regierungen abzusehen. Sie werden indeß angewiesen, nach Möglichkeit zu verhüten, daß besonders dringliche Schulbauten, deren Beginn und Vollendung für dieses Jahr in Aussicht genommen war, aus Mangel an Mitteln zum Schaden der Schül- und der allgemeinen öffentlichen Interessen unangeführt bleiben. Die Regierungen werden auf den Weg der Verhandlungen mit den Schulverbänden und event. mit den Kreisen verwiesen. Falls auf diesem Wege nicht Abhilfe geschaffen werden kann, sieht der Minister „allmählichen Anträgen“ im Laufe der nächsten Jahre“ entgegen. Eine unwillkürliche Illustration zu dem Worte: „Die Kulturaufgaben leiden nicht“ ist in der That nicht denkbar. Wer die Mißstände auf diesem Gebiete kennt — die Regierung hielt vor einigen Tagen neben den laufenden Ausgaben eine einmalige Aufwendung von 20 Millionen für notwendig — der kann nur dringlich wünschen, daß wenigstens das Allernöthigste in den Staatshandhabung eingestellt werde, denn von den eigenen Leistungen der Gemeinden und Kreise ist gerade dort am wenigsten zu erwarten, wo die Zustände am untröstlichsten geworden sind.

Köln, 27. Mai. Bei der heutigen Reichs- gesichtswahl erhielt Landgerichtsrath Greiß (Ztr.)

etwa 12 500, Dr. Franz Wittgenau (Sdp.) 7800 Stimmen. Ein Bezirk steht noch aus. Greiß ist somit gewählt.

Darmstadt, 27. Mai. Die Beratung der Regierungsvorlage betreffend die Revision des heftigen Orbnungsgegesetzes in der ersten Kammer rief eine Kulturkampf-Debatte hervor, wobei der Mainzer Bischof heftige Angriffe gegen die heftigen Kirchengesetze richtete, sodaß Präsident Solms-Laubach die Entscheidung rügte. Die Vorlage fand gegen 5 Stimmen, darunter die Vertreter des evangelischen Kirchenelementes, Annahme. Der Mainzer Bischof stimmte mit Genehmigung des Papstes dafür.

Dessau, 27. Mai. Der Herzog genehmigte auf Anrathen des Landtags die Verwaltung der neuen Schackanlagen des Salzwerkes Leopoldshafen als selbstständiges Bergwerk unter der Bezeichnung „Friedrichshall“.

Frankreich. Paris, 27. Mai. In der Subdebatte der Deputiertenkammer führte der Abgeordnete Raquet aus: Der Antisemitismus sei nichts weiter als der böse Wille von Leuten, die einen Fehler nicht anzuerkennen und sich einen Stachelbock zu schaffen. Er als Jude sei von einer ganz katholischen Bevölkerung gewählt worden. Im ganzen Departement wohne keine einzige jüdische Familie. Die Juden seien ganz in der französischen Nation aufgegangen und gehörten den verschiedenen Parteien an. Lehuzeux, Minister des Innern, erklärte, die Regierung habe weder die Jüdischen noch die Maceragen zu entscheiden, sie habe nur die Wahlrechte zu ändern oder zu verheilen. Sie denke nicht daran, den Eintritt in ein Jahrhundert zu machen. Die Regierung fordert einfache Tagesordnung, die mit 299 gegen 206 Stimmen beschlossen wird. Neben der einfachen standen noch die Monarchen und die Vanden d'Alons zum Beschluß. — Der Kommissar der Weltausstellung, Ricard, hat für einen Kredit von hundert Millionen Francs einen Vorschlag vorgelegt.

Paris, 27. Mai. Oesterreich-Ungarn richtete heute an die französische Regierung das Ersuchen um Auslieferung des Journalisten Szöles, welcher beschuldigt wird, das Attentat gegen das Kaiserthum ausgeführt zu haben. Die Auslieferung wird auf Grund eines wegen Betruges und Veruntreuung gegen Szöles eingeleiteten Strafverfahrens verlangt.

Das nach Kiel gehende österreichische Geschwader, welches unter dem Kommando des Erzherzogs Stefan steht, wird am 1. Juni Vests anlaufen.

Aus Mojanga wird gemeldet, daß die Einwohner von vier jafalatischen Dörfern heute ihre Unterwerfung angeboten haben.

Großbritannien und Irland.

London, 27. Mai. Unterhaus. Kriegsminister Campbell Bannerman brachte einen Gesetzentwurf ein zur Abänderung des Gesetzes über die Einberufung der Freiwilligen zum aktiven Dienst. Der Entwurf wurde in erster Lesung beraten, ohne daß die Regierung ihn weiter begründete. Der Präsident des Ackerbauamtes Gardner erklärte, es seien neuerdings Vorschläge dafür getroffen, daß in den Einberufungen von der eingeföhrten Mutter Vorben entnommen würden zur chemischen Untersuchung durch den ersten Regierungsdemeter; eine gewisse Anzahl von Proben sei bereits entnommen worden. Es werde jetzt erwogen, welches Verfahren gegen Uebertretungen des Gesetzes über den Verkauf von Nahrungs- und Drogenverwehren, des Margarinegesetzes und des Gesetzes über die Warenmarken einzuföhren sei. Schatzkanzler Harcourt sprach die Hoffnung aus, daß die Pfingstferien am 31. d. M. beginnen und bis zum 9. Juni dauern werden.

Im Oberhause brachte Ministerpräsident Lord Salisbury eine Bill ein, durch welche die Akte über die Bildung der Justizkommission des Geheimen Rathes dahin abgeändert wird, daß den Richtern der obersten Gerichtshöfe von Kanada und

Seuilleton.

Zur Einführung in die Kieler Flottenparade.

An hundert Kriegsschiffe sind es, die am 31. d. M. in der Mitte des Monats Juni in der Kieler Förde unter den Augen des deutschen Kaisers ihre Flaggen aufstehen, mit dem Donner ihrer Geschötte die Hohenollerflage saluten und dem Alte der Gründung des Nord-Ozeanals, unseres neuesten deutschen Werkes, das Gepräge einer Weltfeier verleihen werden, wie sie größerartig in der Maringeschichte nicht verglichen steht.

Wer die See und das Meer nur aus Bildern kennt, wer niemals einen Blick in den komplizierten Mechanismus eines Kriegsschiffes gethan, der wird sich kaum eine Vorstellung davon machen können, wie großartig und wie bedeutend die Welt ihre stolzen Schiffe aufstehen, bieten wird.

Wohl sind in früheren Tagen Flotten ausgerüstet worden und in Aktion getreten, die an Zahl der Schiffe der in unserem deutschen Kriegshafen sich findenden gleichkamen. Die Armada bestand aus 130 Schiffen und ebenso viele zählte das Geschwader, das die Engländer der unüberwindlichen Flotte entgegensetzten, aber würden wir heute auf diese Fahrzeuge neben den modernen Stahlriesen sehen, wie wenig müßten sie und erschemen, wie unbefähigt und harmlos, trotzdem sie mit Kanonen besetzt und mit Mannschaften vollgepfropft waren.

Wenn der Leser im Binnenlande sich die Größe eines Schiffes klar zu machen sucht, so verfährt er unwillkürlich auf den Vergleich mit einem Hause, und er legt sich in Gedanken zurecht, wie sich das Schiff dagegen ausnehmen müßte. Er denkt sich, etwa so groß wie ein tüchtiges Haus muß ein Schiff wohl sein, wenn es wirklich das Waßtrum ist, als welches es und geschöpft wird. Nun läßt sich zwar ein Fahrzeug, dessen Linien nicht so grade und regelmäßig verlaufen wie bei einem Gebäude, nur schwer mit einem solchen vergleichen. Einen Anhalt gewinnt man für den Vergleich mit Körpern, die wir am Lande zu sehen gewohnt sind, aus der Angabe über die Wasserverdrängung, die beim Bau eines Kriegs-

schiffes berechnet wird und in den amtlichen Listen verzeichnet steht. Bei einem der größten Schiffe, von denen, die an der Kieler Flottenparade Theil nehmen, dem englischen Dampfschiff „Royal Sovereign“, beträgt die Wasserverdrängung 14 150 Tonnen à 1000 K. Die Masse des von diesem englischen Schlachtschiffe verdrängten Wassers wäre also einem Raum von eben so viel Kubikmetern einnehmen und demnach etwa einem Hause gleichkommen, das bei einer Straßenfront von 30 Metern und bei 10 Meter Tiefe 47 Meter hoch wäre, so daß sich also bequem 8—9 Stockwerke in demselben einrichten ließen. Nun geht aber die Wasserverdrängung immerhin nur den Körperinhalt des eingetauchten Theiles des Schiffes an, während der über Wasser liegende je nach der Form und der Bestimmung des Fahrzeuges ein halb oder auch nochmal so groß ist, wie der Theil unterhalb der Wasserlinie. Um so viel wäre also die Raumgröße unseres nunflottigen Hauses noch zu erhöhen, d. h. es müßten etwa noch 5—9 Etagen aufgesetzt werden, wenn wir es an Größe dem berühmten englischen Schlachtschiffe gleichmachen wollten.

Genauere Angaben besitzen wir in dieser Beziehung über die Handelschiffe; bei diesen wird nicht wie bei Kriegsfahrzeugen die Wasserverdrängung gemessen, sondern der Raumgehalt unter dem obersten Deck. Der größte deutsche Schnelldampfer zum Beispiel, die „Normannia“ von der Hamburg-Amerika-Linie, mißt 8716 Register-Tonnen à 100 Kubikfuß oder rund etwa 24 000 Kubikmeter. Um unser Haus dem inneren Raume dieses Schiffes gleich zu machen, müßten wir es also auf 80 Meter bringen, d. h. etwa 13—14 Stockwerke. Hierbei bleiben aber immer noch die Schiffschale, Kiel und die vertheilten Decks unberücksichtigt, und um diese unterzubringen, müßte man wohl noch einen recht geräumigen Stiech darüber bauen, auf dem wir die Taufen der von Tonnen Eisen, die zu einem solchen schwebenden Palaste gehören, aufstellen könnten.

An größeren Kriegsschiffen (Torpedoboots, Tender u. abgerechnet) werden etwa 53 ausländische und 26 deutsche Fahrzeuge anlässlich der Flottenparade in der Kieler Förde verankert sein. Noch gerechnet wird sich ihr Displacement insgesamt auf 400 000 Tonnen belaufen. Wollte man für diese Wassermenge einen Kanal bauen, so müßte derselbe, vorausgesetzt, daß man ihm eine Breite von 10 Metern und eine Tiefe von drei Metern gäbe, eine Länge von 13 Kilometern oder

zwei deutschen Meilen erhalten. Es ist also nicht zu verwundern, wenn die Kieler Förde, trotzdem man sie mit Recht als einen der geräumigsten, nebenbei auch einen der schönsten Kriegshäfen der Erde bezeichnen darf, kaum Platz genug bieten kann, um die ganze Flotte, die sich dort versammelt, unterzubringen, zumal zu diesen Schiffen noch eine ganze Reihe kleinerer Fahrzeuge hinzukommen, wie Torpedoboots, ferner die Hofschiffe, Bergungsdampfer u. die in unserer Verrechnung nicht mit einbezogen sind.

Die großen Dimensionen dieser Schiffe, ihre Ausrüstung, der Panzerbesatz sind Werkstücke, die sich dem Auge des Beobachters schon beim ersten Blick aufdrängen. Anders dagegen verhält es sich mit der Arbeitsleistung ihrer Maschinen; dieser verdanken die Fahrzeuge das, was heute den allerwichtigsten Faktor in der Kriegsföhrung ausmacht, ihre Geschwindigkeit. Was bedeuten schwere Geschötte, armide Panzer, wenn man der Feind nicht auf einem Gelede zwingen kann, er es in der Nacht hat, einem Refoure auszuweichen, wenn er es will, wenn er mit seinen flinken Fahrzeugen unsere Blockaden durchbrechen kann. Ausrüstung, Panzerbesatz und Geschwindigkeit sind die drei wichtigsten Grundlagen der Marinetaktik, und von diesen dreien steht die Fahrgewindigkeit jetzt oben.

Welcher Kraft es bedarf, um einen der modernen Schiffsfloße mit einer Fahrt, wie sie heute als notwendig erachtet wird, d. h. etwa 20 Seemeilen in der Stunde, durchs Wasser zu treiben, davon kann sich der Ueingeordnete nur schwer einen Begriff machen. Die Maschinen des amerikanischen Kreuzers „Columbia“, beiläufig erwähnt, eines der schnellsten Kriegsschiffe, die es gibt, wenn man von den kleineren Torpedobooten und Torpedojägern abliest, leisten eine Arbeit von 23 000 Pferdekraften. Ihm zunächst steht unter den Schiffen, die an der Flottenparade theilnehmen, das italienische Schlachtschiff „Carbagna“, dessen Maschinen 22 700 Pferdekraften indigiren, und weiter der britische Panzerkreuzer „Blenheim“ mit 21 400 Pferdekraften. Das sind Maschinenanlagen, wie sie in den größten Landbetrieben auch nicht annähernd so mächtig vorkommen. Die 53 ausländischen Kriegsschiffe sind insgesamt im Laufe einer Arbeit von ca. 380 000 Pferdekraften zu leisten und die 26 größeren Fahrzeuge der deutschen Marine, die zwischen den fremden Nationen vertheilt sein werden, weisen zusammen an Maschinenkraft 180 000 Pferde-

kräfte auf, so daß rund eine halbe Million Pferdekraften sich als Arbeitsleistung der Flottenparade ergeben. Rechnet man die Arbeit einer Maschinen-Pferdekraft gleich der von acht Männern, so ergibt sich, daß man etwa vier Millionen Arbeiter brauchen würde, um auch nur auf eine kurze Zeit einen Kraftaufwand zu erzielen, wie er in den Maschinen der 79 Dampfer aufgespeichert liegt. Zur einer landestheiligen Arbeitsleistung von dem nämlichen Umfange würden freilich auch diese vier Millionen Menschen, so groß die Zahl auch scheinen mag, nicht ausreichen, denn der Mensch unterföhr sich eben von der Maschine dadurch, daß er nicht dauernd zu arbeiten vermag, sondern in regelmäßigen Perioden der Ruhe pflegen muß. Nimmt man an, daß ein Mann täglich 8 Stunden ununterbrochen zu arbeiten vermag, so ergibt sich, daß für eine längere Zeitdauer um 12 Millionen Menschen erforderlich wären, um das nämliche Maß von Arbeit zu leisten, wie die Maschinen der zur Flottenparade versammelten ausländischen und deutschen Kriegsschiffe. Was will es dagegen sagen, daß die Armada 20 000 Soldaten, 9000 Matrosen und etwa 2000 Schiffsjungen an Bord führte, während heute die Schiffe, die an der Flottenparade theilnehmen, durch einen Druck auf die Umföhrung ihrer Maschinen sich eine Kraft dienbar machen können, zu deren Leistung damals zwölf Millionen Menschen erforderlich gewesen wären.

Diese ungeheure Arbeitskraft sitzt nun freilich nicht wie ein eingeschlossenes Teufelchen in den Maschinen, das nur auf die Baubormel wartet, um mit aller Macht loszubrechen. Zur Ausföhrung dieses Giganten bedarf es der Wärme und zur Erzeugung dieser wieder der Steinkohle. Eine genaue Schätzung des Kohlenverbrauchs der einzelnen Kriegsschiffe läßt sich nicht wohl geben, da diese Daten selten in die Öffentlichkeit dringen. Man wird aber kaum fehlgehen, wenn man die Zahlen, die erfahrungsmäßig für die Handelsmarine feststehen, auch für die Kriegsschiffe in Anschlag bringt. Demnach darf man auf je tausend Pferdekraften einen Kohlenverbrauch von 15 Tonnen à 1000 Kilogramm rechnen. Die ganze Flotte würde also unter Dampf Tag für Tag etwa 7500 Tonnen (siebeneinhalb Millionen Kilogramm) Kohlen verbrauchen, und um für diese rauchenden Schornsteine auf einen Tag das Brennmaterial heranzuschaffen, wären 19 Eisenbahnzüge von 40 Doppelwaggons erforderlich. Bei einem Kostenpreis der Kohle von 15 Mark pro Tonne

gehen bei der gesamten Flotte, sofern sie in Fahrt ist, alltäglich 112 000 Mark in Rauch auf.

Die größten Geschwader von allen fremden Nationen stellen zur Flottenparade Großbritannien und Italien. England zieht es, als dem ersten Seestaat, eine seiner Machtstellung entsprechende Flotte zu entsenden, Italien will seinem nordischen Bundesgenossen eine besondere Ehre erweisen. Aber nicht nur in der Zahl der Schiffe zeigt sich die Ueberlegenheit dieser beiden Geschwader; auch in der Stärke der einzelnen Schiffe tritt sie hervor. Die vier Schiffe der „Royal-Sovereign“-Klasse, welche Großbritannien entsenden, gehören zu den mächtigsten Panzern seiner Flotte, ja der ganzen Welt. Die Kreuzerpanzer, welche ihre verunwundenen Theile beschützen, sind nahezu einen halben Meter dick und durch ebenso schwere Panzerplatten sind ihre Geschötskammern gegen feindliche Geschötsgefehr geschützt. Nur wenig hinter ihnen zurück stehen die vier Schlachtschiffe Italiens, die „Umberto“, „Andrea Doria“, „Sergio“ und „Muggero di Lauria“. Besondere Beachtung verdient der amerikanische Kreuzer „Columbia“, ein Dreifachschiff, das zu dem Zwecke gebaut ist, als Kreuzer den feindlichen Handel lahm zu legen, weshalb ihm die Amerikaner den Namen „Commerce destroyer“, der Handelszerstörer, gegeben. Die „Columbia“ soll der schnellste Kreuzer der Welt sein — so behaupten wenigstens die Amerikaner. Ein besonders interessantes Schiff ist auch der französische Panzerkreuzer „Hoch“, es ist das schnellste Schlachtschiff der Franzosen und von ihren neueren auch wohl das tüchtigste.

Nicht zum Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind wird diese stolze Flotte aus aller Herren Länder sich im Kieler Hafen zusammenfinden, sondern um ein Werk einzuleben, das, während es Deutschlands Wehrfähigkeit erhöht, auch einem friedlichen Zwecke dient, der Föhrung des Seeverkehrs. Über jeder der großen Seemächten wird doch in sein Geschwader der Ausdruck seiner Macht legen und beim feindlichen Feinde zeigen, wie er sich als Feind fürchtbar erweisen könnte.

Kapitän L.

Stettin, 28. Mai. Im Revier 17
6 Zoll = 5,50 Meter.